

*„Wir sind bereit
zu einer nationalen
Kraftanstrengung!“*



ANGELA MERKEL:

Es geht um **Deutschland!**

In ihrer Antwort auf die Regierungserklärung des Bundeskanzlers im Bundestag hat Angela Merkel Kanzler Schröder vorgehalten, dass er weiterhin den Beweis schuldig bleibe, ein klares Konzept für die Probleme in Deutschland zu haben.

„Deutschland steht an einem historischen Scheideweg“, betonte Angela Merkel. Daher reiche eine Zu-

standsbeschreibung durch den Kanzler nicht aus, sondern die Ziele müssten klar formuliert werden. Für die Union heiße das: Deutschland solle bis zum Jahr 2010 wieder an die Spitze in Europa rücken. Die Vorsitzende der CDU Deutschlands und Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion zeigte sich überzeugt, dass eine „neue Soziale Marktwirtschaft für das 21. Jahrhundert“ notwen-

dig sei. Angesichts der kritischen Situation, in der sich Deutschland befinde, kritisierte Angela Merkel, dass Gerhard Schröder es bei „vagen Andeutungen“ belassen habe. „Der große Wurf für die Bundesrepublik Deutschland war ihre Rede mit Sicherheit nicht“, erklärte sie an die Adresse des Bundeskanzlers. „Mir ist nicht ganz klar geworden, ob Sie sich der Dimension der Krise wirklich bewusst sind“, sagte Angela Merkel. Es sei offen geblieben, ob Schröder sich selbst oder das Land aus der Krise

■ Kommunalwahlen in Schleswig-Holstein: Der Norden wählt schwarz (Seite 4-5) ■ Laurenz Meyer: Schröder kündigt an – die Arbeitnehmer erhalten die Kündigung (Seite 6) ■ Niedersachsen: Neue Landesregierung (Seite 9-10) ■ Maria Böhmer: „Reformvorhaben müssen durch den Familien-TÜV!“ (Seite 11) ■ Frühjahrssitzung Dialogforum (Seite 14-15) ■ Annette Widmann-Mauz: Frauenpolitik heißt Zukunft sichern! (Seite 16-17) ■ Karl-Josef Laumann: 4,7 Millionen Watschen für den Kanzler (Seite 17) ■ Hermann Kues: EU-Verfassung: Zur Verankerung der geistlich-religiösen Wurzeln Europas (Seite 17-18) ■ Hartmut Schauerte: Moderne Ladenschlussregeln für mündige Bürger und Einzelhändler (Seite 18-19) ■ Christian Schmidt, Anita Schäfer: Bundeswehr hat Grenze ihrer Belastbarkeit erreicht (Seite 19-20) ■ Dokumentation: Kontinuität in der Deutschen Außenpolitik. Rede von Wolfgang Schäuble

IMPRESSUM



herausführen wolle. Es gebe Situationen, „da ist Reden Silber und Handeln wäre Gold“, betonte die Vorsitzende der CDU Deutschlands und bot bei „allem, was in die richtige Richtung geht“ die Kooperationsbereitschaft der Union an. „Wir sind bereit zu einer nationalen Kraftanstrengung, die aber mehr ausmachen muss, als sie hier vorgelegt haben“, fügte sie an den Kanzler gewandt zu. Angela Merkel brachte ihre Überzeugung zum Ausdruck, dass es die Aufgabe der Politik sei, den Menschen wieder Zuversicht, Optimismus und den Glauben an eine gute Zukunft, der in den vergangenen fünf Jahren in Deutschland verloren gegangen sei, wieder zurückzugeben.

Leitideen

Deutlich kritisierte Angela Merkel, dass in der Rede des Kanzlers nicht erkennbar gewesen sei, an welchen Leitlinien Schröder seine künftige Politik gestalten wolle. In der Überzeugung, dass es die

primäre Aufgabe guter Oppositionsarbeit sei, konkrete Alternativen zur Regierungspolitik anzubieten, formulierte Angela Merkel das Politikverständnis der Union. Dieses orientiere sich an fünf Leitideen:

1. Konsequente Investitionen in die Zukunft tätigen,
2. Leistungsanreize konsequent durchsetzen,
3. Spaltung der Gesellschaft in Arbeitende und Arbeitslose überwinden,
4. Arbeit international wettbewerbsfähig machen,
5. Staatsquote unter 40 Prozent drücken.

An diesen Punkten werde sich entscheiden, ob Deutschland wirklich an die Spitze Europas komme oder dort verharre, wo es sich im Moment befinde. Es sei absolut notwendig, dass der Reformprozess für die Menschen nachvollziehbar sei. Nur wenn es der Politik gelänge, die Menschen davon zu überzeugen, dass die Veränderungen zu ihrem Vorteil durchgeführt würden, könne die Politik erwarten, dass die Menschen diesen Prozess annehmen. Nur dann würde die Politik ihren Ansprüchen gerecht.

UNION IN DEUTSCHLAND — Informationsdienst der Christlich Demokratischen Union Deutschlands. Für den Inhalt verantwortlich: Harald Walter, Klingelhöferstr. 8, 10785 Berlin, Telefon (030) 22070-372, e-mail: uid@cdue.de, Verlag: Union Betriebs GmbH, Egermannstraße 2, 53359 Rheinbach, Tel. (02226) 802-0, Telefax (02226) 802-111/333, Vertrieb: Tel. (02226) 802-123, e-mail: oliver.murmann@ubg-medienzentrum.de, Verlagsleitung: Bernd Proffittich, Bankverbindung: Sparkasse Bonn, Konto Nr. 7510183 (BLZ 380 500 00), Postbank Köln Nr. 1937 95-504 (BLZ 370 100 50), Abonnementspreis jährlich 32,00 €, Einzelpreis 1,00 €, Abbestellung schriftlich oder per e-mail nur unter Einhaltung einer Frist von 3 Monaten zum Quartalsende. Herstellung: Vereinigte Verlagsanstalten GmbH, Düsseldorf.

Zeit zum Handeln

Genug der Worte – höchste Zeit zum Handeln!

Schröder hat wieder einmal das getan, was er schon oft getan hat: Reformen ankündigen. Sie auch durchzusetzen – dazu hat er weder den Mut noch die Konzepte.

Das zeigte sich auch diesmal wieder. Im Bundestag von Reformen reden – und zeitgleich im Bundesrat Steuererhöhungen fordern: Das ist die Politik der SPD.

Die Menschen haben genug. Sie trauen diesem Kanzler nichts mehr zu.

Schröder hat die Erwartungen enttäuscht:

- Kein Mut zu wirksamen Reformen: Statt überfällige Steuersenkungen zu machen, hält Schröder an seiner Politik der 48 Steuer- und Abgabenerhöhungen fest.
- Kein Mut zur Klarheit: Bei Altersvorsorge, Gesundheit und Finanzkrise der Kommunen erwarten die Menschen konkrete Lösungen von Schröder. Der aber verweist bloß auf Kommissionen.
- Kein Mut zum Gesamtkonzept: Statt Bürokratie abzubauen, droht Schröder neue Bürokratie an (Ausbildungs-Zwangsabgabe für Betriebe, Kontrollmitteilungen der Banken, mehr Regelungen im Handwerksrecht).

Die SPD ist beim Thema Reformen heillos zerstritten. Dabei braucht Deutschland Veränderung – jetzt! Die Vorschläge der Union liegen auf dem Tisch:

- Politik für neue Arbeitsplätze – mit betrieblichen Bündnissen für Arbeit und der Möglichkeit für ältere Arbeitnehmer, sich statt für den Kündigungsschutz für eine Abfindung zu entscheiden.
- Eine Stärkung der privaten Vorsorge macht Sinn, damit die Krankenkassen-Beiträge sinken. Denn nur wenn wir die gesetzliche Krankenversicherung zukunftsfest machen, kommt der medizinische Fortschritt weiterhin allen zugute.
- Geringere Steuern, damit die private Vorsorge auch zu bezahlen ist. Deshalb: eine große Steuerreform mit 15% Eingangssteuersatz und einem Spitzensatz unter 40%. Sofortmaßnahme der Union: Die mehr als 40 Steuererhöhungen (das rot-grüne „Steuervergünstigungsabbaugesetz“) haben wir im Bundesrat gestoppt.

Es bleibt dabei: Deutschland braucht einen echten Kurswechsel. Dort, wo der Bundeskanzler Schritte in die richtige Richtung geht, hat er unsere Unterstützung. Aber dort, wo die rot-grüne Politik das Land weiter schädigt, gibt es keinen faulen Kompromiss.

Besser für die Menschen.



Der Norden wählt schwarz

Nach dem doppelten Paukenschlag bei den Landtagswahlen in Hessen und Niedersachsen hat die CDU auch die Kommunalwahlen in Schleswig Holstein klar für sich entschieden und ist jetzt mit deutlichem Abstand stärkste Kraft im nördlichsten deutschen Bundesland.

Nach dem vorläufigen amtlichen Endergebnis legte die CDU zweistellig auf 50,8 Prozent zu. Die SPD verlor landesweit 13,1 Prozentpunkte und stürzte auf nur noch 29,3 Prozent ab. Die SPD verlor alle sieben bisher von ihr regierten Landkreise an die Union. Gleiches gilt für die vier kreisfreien Städte Kiel, Lübeck, Flensburg und Neumünster. Damit ist die CDU im Land nun flächendeckend stärkste Kraft. Die Vorsitzende der CDU Deutschlands, Angela Merkel, nannte das Ergebnis einen grandiosen Erfolg für die Nord-CDU und zugleich „eine Quittung für die desaströse Politik von Rot-Grün.“ Hauptgründe für die „flächendeckenden Einbrüche“ der SPD und die „erdruksartigen Siege“ der Union neben der rot-grünen Politik in Bund und Land die



Näher am Menschen

dramatisch schlechte Finanzlage der Kommunen, sagte Angela Merkel.

stark gesunkener Wahlbeteiligung fast durchweg Zuwächse verbuchen konnte.

Wahlanalyse

Diese Einschätzung wird eindrucksvoll von einer Studie des Instituts für Wahl-, Sozial- und Methodenforschung Kaufbeuren für die Zeitungen des Schleswig-Holsteinischen Zeitungsverlages unterstützt. Demnach geht das Debakel der SPD in erster Linie auf das Konto von Nichtwählern und „Wechsler“ zur CDU. Im Vergleich zu 1998 verlor die SPD allein 148 990 Stimmen (6,7 Prozent) an das Lager der Nichtwähler, 50 450 Wähler (2,27 Prozent) wechselten zur CDU. Die SPD verlor im Saldo an alle anderen Wählergruppen, während die CDU trotz

Denkzettelwahl

Als ein großartiges Ergebnis, das für seine Partei jedoch auch eine große Verpflichtung darstelle, bezeichnet der Vorsitzende der CDU Schleswig-Holstein, Peter Harry Carstensen, den Ausgang der Kommunalwahlen. Die von der CDU in den Vordergrund gestellten Themen „kommunale Finanznot“ und „Familienpolitik“ hätten ebenso zum Wahlerfolg beigetragen wie die Unzufriedenheit der Bürgerinnen und Bürger mit Rot-Grün. „Die Menschen können sich Rot-Grün nicht mehr leisten“, so Carstensen. Die Wahl sei eine Denkzettelwahl für Gerhard Schröder und Heide Simo-

nis, aber auch eine Bestätigung für seine Partei, der die Menschen auch in Umfragen die höhere kommunalpolitische Kompetenz zugewiesen haben. „Die Kandidaten der CDU waren eben näher am Menschen.“

Wahlkampfkonzept

Besonders zufrieden zeigte sich die Wahlkampforganisation, dass das erstmals für eine Kommunalwahl entwickelte Wahlkampfkonzept aufgegangen ist.

■ Erstmals hat der Landesverband zur Erstellung der Kommunalwahlwerbelinie eine Werbeagentur beauftragt, die mit dem Slogan „Deine Zukunft – Deine Entscheidung“ das CDU-Motto „Näher am Menschen“ klar und deutlich in Szene setzte.

■ Erstmals hat der Landesverband die Möglichkeit der individuellen Plakaterstellung über einen eigenen DIN A 0-Schwarz-Weiß-Kopierer angeboten. Zum Preis von 2,- bzw. 3,- Euro hatte jeder Kandidat/Ortsverband die Gelegenheit, Fotos und Texte auch in kleinsten Auflagen in den Rahmen der Werbelinie eindruckend zu lassen. Die Resonanz war überwältigend und hat die Druckerei des Landesver-



bands an den Rand der Kapazität gebracht.

■ In den Mittelpunkt der kommunalen Themen wurde die Finanzausstattung der Kommunen sowie die Bildungs- und Familienpolitik gestellt. Dies erfolgte u.a. durch entsprechende Themenplakate und eine gezielte Pressearbeit des Landesverbandes. Die Werbelinie stellte sich klar in Botschaft und Farbe dar und war somit vielseitig verwendbar. Die persönliche Ansprache der Wählerinnen und Wähler („DEINE Zukunft...“), über die in der Entwicklungsphase der Kampagne diskutiert wurde, hat sich bewährt und wurde nahezu durchweg eingesetzt. Unterstützung erhielt der CDU-Wahlkampf durch die Arbeit der CDU-Landtagsfraktion, die mit ihrer inhaltlichen Arbeit und mit ihrer personellen Präsenz vor Ort zum guten Erscheinungs-

bild der Union beigetragen haben.

■ Um die Wahlkämpfer mit hinreichend bundespolitischem Argumentationsmaterial auszustatten, hat der schleswig-holsteinische Landesverband seit Jahresbeginn eine Reihe von Kandidaten in den Kreisverbänden mit der Informationsbroschüre UiD versorgt.

■ Bundespolitische Themen wurden auch durch eine gute Präsenz von Bundesrednern transportiert. So waren u.a. Angela Merkel, Peter Müller, Ole von Beust, Katherina Reiche, Petra Roth und Horst Seehofer in Schleswig-Holstein zu Gast.

■ Um die Politik der CDU Schleswig-Holstein noch intensiver darzustellen, ist rechtzeitig vor der Kommunalwahl der „Schleswig-Holstein Kurier“ in einem neuen vierfarbigen Format erschienen.

■ Die Internetpräsenz der CDU Schleswig-Holstein wurde deutlich ausgebaut. Zum Zeitpunkt der Kommunalwahl waren insgesamt 220 Verbände über das seit Juni 2002 arbeitende System im Internet vertreten.

<http://>

www.cdu-sh.de
www.statistik-sh.de/kw2003.htm
www.schleswig-holstein.de

LAURENZ MEYER:

Schröder kündigt an – die Arbeitnehmer erhalten die Kündigung

Zu den Arbeitsmarkt-Zahlen des Monats Februar erklärte der CDU-Generalsekretär:

Schröder gibt sich als der Kanzler der großen Worte – doch in Wirklichkeit ist er der Kanzler der großen Zahlen: Auf dreieinhalb Millionen wollte Schröder die Arbeitslosenzahl senken, so hat er es zu Beginn seiner Regierungszeit versprochen. Jetzt sind es über 4,7 Millionen – Tendenz steigend. Diesem Kanzler kann man kein Wort mehr glauben.

Jetzt droht uns Schröder schon wieder einen Neustart seiner Politik an, und das bereits zum vierten oder fünften Mal. Die Arbeitslosenzahl beeindruckt das offensichtlich nicht: Sie bewegt sich stetig auf die Fünf-Millionen-Marke zu. Denn Wirtschaftspolitik findet unter diesem Kanzler nur in leeren Worten statt: Schröder kündigt an, die Arbeitnehmer erhalten die Kündigung.

Seit die SPD regiert, nimmt die soziale Kälte in Deutschland zu. Das Land der Sozialen Marktwirtschaft und des Wirtschaftswunders ist unter Schröder zur wirt-



schaftlichen Gefahr für unsere Nachbarn und Freunde geworden. Besonders die Arbeitslosen in den neuen Ländern müssen das Nichtstun des Kanzlers als reinen Hohn empfinden: Ein Fünftel der Menschen im Osten ist ohne Arbeit. Unter Schröder geht die Schere zwischen Ost und West immer weiter auseinander. Auch damit verspielt der Kanzler den Wohlstand unseres Landes.

90.000 Ausbildungsplätze fehlen in Deutschland – fast doppelt so viele wie im Vorjahr. Beim politischen Ascher-

mittwoch hat Schröder wieder einmal mit dem Finger auf andere gezeigt: Er hat von der Wirtschaft verlangt, ihrer Verpflichtung zur Schaffung von Ausbildungsplätzen nachzukommen. Doch gleichzeitig setzt Schröder mit seinen Steuererhöhungen auf eine Politik, die Konjunktur und Wachstum weiter abwürgt.

Er habe verstanden, lieb Schröder einst wissen. Nein, Herr Bundeskanzler: Die Wähler haben verstanden: Nämlich dass die rot-grüne Chaostruppe außer Durcheinanderreden nichts zu bieten hat. Veränderungen am Arbeitsmarkt, Steuersenkungen, Bürokratieabbau und bezahlbare Sozialsysteme müssen her. Verbraucher und Unternehmen brauchen wieder mittelfristige Planungssicherheit. Vorher wird sich an der desolaten Lage am Arbeitsmarkt nichts ändern.

DIE BILANZ VON ROT-GRÜN

- Höchststand an Arbeitslosen in der Regierungszeit Schröders
- Dritthöchste Arbeitslosenzahl aller Zeiten
- Stärkster jemals gemessener Anstieg der Arbeitslosigkeit in einem Februar
- Stärkster Anstieg der Jugendarbeitslosigkeit im Jahresvergleich.

Kreditprogramme für die Kommunen helfen nicht

Als Ausweg aus der desolaten Finanzlage der Kommunen und Städte stellten Generalsekretär Laurenz Meyer gemeinsam mit den Oberbürgermeistern Dietmar Vettermann (Zwickau) und Oliver Wittke (Gelsenkirchen) nach einem Treffen von CDU-Oberbürgermeister eine gemeinsame Resolution vor:

Die Kommunen sind am Rande des Ruins. Haushalts-sicherungskonzepte lassen keinen Raum mehr für demokratisch gestaltbare freiwillige Aufgaben. Die Kommunen sind am Gängelband der Staatsaufsicht. Die kommunale Selbstverwaltung – vom Grundgesetz gefordert – ist praktisch am Ende.

Auf fast 10 Mrd. € steigt das Gesamtdefizit in den Haushalten der Städte, Gemeinden und Landkreise in diesem Jahr an. 1998 hatten sie noch 2,1 Mrd. € Überschuss.

Die kommunalen Einnahmen brechen ein (2001 – 5,4 %, 2002 – 4,1 %). Das ist deutlich mehr als bei Bund (2002 – 1,6 %) und Ländern (2002 – 0,2 %). Lau-

fende Kosten müssen auf Re-kordniveau und gegen geltendes Recht mit teuren Überziehungskrediten bezahlt werden: 11,7 Mrd. € zur Mitte des Jahres 2002.

Sofortprogramm

Wir fordern die Regierung Schröder auf, ihre kommunalfeindliche Politik zu beenden. Wir brauchen dringend ein Sofortprogramm für die Menschen in unseren Kommunen:

■ Rot-Grün hatte mit der Steuerreform 2000 beschlossen, dass die Gemeinden 30 % anstatt vorher 20 % ihres Gewerbesteueraufkommens als Umlage an Bund und Länder abtreten müssen. Als Rechtfertigung wurden Wachstumserwartungen bei der Gewerbesteuer durch Konjunkturaufschwung und neue Abschreibungsbedingungen für die Unternehmen angegeben. Die Steuerreform ist total missglückt. Die Konjunktur lahmt unter Rot-Grün. Die Abschreibungsbedingungen wurden nicht wie geplant verändert. Die „Geschäftsgrundlage“ ist wegge-

fallen. Trotzdem nimmt Rot-Grün den Kommunen von den gesunkenen Einnahmen einen steigenden Anteil ab. Dies können wir nicht mehr hinnehmen! Die Gewerbesteuerumlage muss umgehend auf das Niveau vor der Schröder-Steuerreform zurückgenommen werden. Diese sofortige Rücknahme lässt den Kommunen 2003 rund 2,3 Mrd. € und 2004 rund 2,6 Mrd. € – ein unerlässlicher erster Schritt. Mehr muss folgen.

■ Die kommunalen Investitionen brechen ein (2001 – 6 %, 2002 – 2,4 %, 2003 – 11,8 %). Die Folgen sind katastrophal: die Infrastruktur des Standorts Deutschland verfällt. Schwimmbäder und Bibliotheken, Jugendzentren und Musikschulen und vieles mehr müssen geschlossen werden. Viele Schulen sind in einem erbarmungswürdigen Zustand. Zu schlechter Bildung – siehe „Pisa“ – kommt die Gewöhnung an verfallene öffentliche Gebäude.

Wir brauchen kein kredit-finanziertes kommunales Investitionsprogramm. Die Kommunen brauchen finanzielle Mittel, über deren Einsatz die Kommunen selbst

entscheiden. Damit müssen die negativen Folgen der Finanznot für die Konjunktur und den Zustand der kommunalen Infrastruktur gelindert werden. Programme mit verbilligten Krediten oder einem kommunalen Eigenanteil helfen überhaupt nicht weiter. Eine zusätzliche Kreditaufnahme löst bei Städten, die unter dem Haushaltssicherungskonzept stehen, keine einzige Maßnahme aus – allenfalls wird die Zinslast verringert. Wir brauchen jetzt kein weiteres geliehenes Geld, sondern eine solide Finanzausstattung der Kommunen!

■ Der ungebremste Anstieg der kommunalen Ausgaben für soziale Leistungen von 26,6 Mrd. € im Jahr 2000 auf 29,6 Mrd. € im Jahr 2003 ist für uns nicht länger verkraftbar. In den letzten 10 Jahren stiegen die kommunalen Sozialausgaben trotz Einführung der Pflegeversicherung um rund 30 %. Die Bundespolitik belastet die kommunalen Haushalte weiter durch die Gesetzgebung im Sozialbereich. Mit dem Grundsicherungsgesetz werden die Kassen der Kommunen mit ca. 1,5 Mrd. € zusätzlich belastet. Diese Ausgaben müssen den Kommunen erstattet werden.

■ An Arbeitswilligen mangelt es in unseren Städten und Gemeinden nicht! Aber

zunächst brauchen die Menschen Arbeitsplätze! Deshalb fordern wir, dass sich die marktwirtschaftlichen Kräfte in Deutschland wieder entfalten können. Es muss sich wieder lohnen, Leistung zu erbringen und Verantwortung als Unternehmer zu übernehmen, um neue Arbeitsplätze zu schaffen. Wir fordern eine grundlegende Reform der sozialen Sicherungssysteme und die Zusammenführung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe. Dabei muss sicher gestellt sein, dass die Verantwortung für die Arbeitsmarktpolitik und ihre Folgen nach wie vor beim Bund angesiedelt bleibt. Die jetzt geplante Aufspaltung – Verschiebung schlecht vermittelbarer Arbeitslose auf die kommunale Ebene, Belastung nur der übrigen bei der Bundesanstalt für Arbeit – wird rigoros abgelehnt.

Aufgaben

Über diese Sofortmaßnahmen hinaus müssen insbesondere zwei weitere Aufgaben angepackt werden:

■ **1.** In den vergangenen Jahren hat der Bund immer mehr Kosten und staatliche Pflichtaufgaben den Landkreisen, Städten und Gemeinden zugeschoben. Das Konnexitätsprinzip („Wer be-

stellt, muss bezahlen“) wurde rücksichtslos umgangen. Ob Kindergeld, Riesterrente, Grundsicherung, Finanzierung der Langzeitarbeitslosigkeit – stets werden die Kommunen ohne hinreichenden finanziellen Ausgleich zur Kasse gebeten. Zu einem föderalen Staatswesen gehört aber ein entsprechendes Finanzierungskonzept. Dabei ist die Verteilungssymmetrie zwischen den Ebenen strikt zu beachten. Es kann nicht sein, dass eine Ebene Lasten auf die anderen verschiebt. Mischfinanzierungen sind abzubauen. Wir fordern die Aufnahme des Konnexitätsprinzips ins Grundgesetz!

■ **2.** Eine umfassende Gemeindefinanzreform muss die im Grundgesetz verankerte finanzielle Eigenverantwortung der Kommunen gewährleisten, ihre Finanzkraft dauerhaft auf eine solide Grundlage stellen und den Städten und Gemeinden berechenbare und wachstumsfähige Steuerquellen erschließen. Dabei muss das Interesse der Kommunen an der Ansiedlung von Unternehmen sowie der Schaffung und dem Erhalt von Arbeitsplätzen berücksichtigt werden. Ein wichtiges Element könnte ein eigenständiges Hebesatzrecht der Kommunen im Ertragssteuerbereich sein.

„Mutig und entschlossen – Niedersachsen **voranbringen**“

Niedersachsen hat nach 13 Jahren mit sozialdemokratisch geführten Landesregierungen erstmals wieder einen christdemokratischen Regierungschef.

Gut einen Monat nach dem Erfolg von CDU und FDP bei der Landtagswahl am 2. Februar wurde der CDU-Landesvorsitzende Christian Wulff vom Landtag in Hannover zum neunten Ministerpräsidenten des Landes gewählt. Auf der konstituierenden Sitzung des Landtages erhielt Wulff 105 von 106 möglichen Stimmen aus dem Lager der Regierungskoalition von CDU und FDP.

Christian Wulff ist nach Ernst Albrecht, der von 1976 bis 1990 in Hannover regierte, der zweite christdemokratische Regierungschef in Niedersachsen.

Angela Merkel gratulierte dem neuen Ministerpräsidenten im Namen der CDU Deutschlands „von ganzem Herzen“. „Die Vorgängerregierungen unter Gerhard Schröder und Sigmar Gabriel haben Ihnen ein schweres Erbe hinterlas-

sen“, schreibt die Vorsitzende der CDU-Deutschlands. Sie sei aber fest davon überzeugt, dass Christian Wulff als neuer Ministerpräsident Niedersachsen wieder auf Erfolgskurs führen werde.

Leitlinien

Wie der 43-jährige Rechtsanwalt, der jetzt der derzeit jüngste Regierungschef in einem Bundesland ist, Niedersachsen wieder nach vorne bringen will, beschrieb er in seiner ersten Regierungserklärung. Unter dem Motto „Mutig und entschlossen – Niedersachsen voran bringen“ stellte Wulff die Leitlinien der neuen Landesregierung vor. „Wir wissen, das Land muss generalüberholt werden“, lautete seine zentrale Aussage. „Wir können nicht zaubern. Aber wir können hart arbeiten.“

Ein Klima zu schaffen, in dem die Wirtschaft gedeiht und sich wieder Optimismus verbreitet, das neue Arbeitsplätze hervorbringt, bessere Ausbildungs- und Bildungschancen und „Luft zum At-

men“ für die Kommunen nannte Niedersachsens neuer Ministerpräsident Christian Wulff als zentrale Punkte seines Regierungshandelns. Christian Wulff: „Wir wollen Niedersachsen endlich wieder nach vorn bringen!“

Eine große Herausforderung, denn das Land ist pleite: In 13 Jahren Rot-Grün seien mehr Schulden gemacht worden als in den 44 Jahren zuvor, erinnerte der neue Ministerpräsident. „Wer jetzt noch mauert, wer jetzt noch mit den Rezepten von gestern kommt, handelt gegen den Wählerwillen.“ Durch ein „erdrutschartiges“ Wahlergebnis habe die neue CDU/FDP-Regierung den Auftrag für einen Kurswechsel erhalten.

Entschlossenes Handeln

Christian Wulff, der auch stellvertretender Vorsitzender der CDU Deutschlands ist, machte seine Entschlossenheit zu Handeln deutlich: „Diese Regierung wird eine zupackende Regierung sein.“

Wir werden das, was wir für richtig halten, auch verwirklichen.“

Noch in diesem Jahr sollen 2500 Lehrer und bis zum Ende der fünfjährigen Legislaturperiode 1000 Polizisten zusätzlich eingestellt werden. Bis spätestens 2006 soll die Orientierungsstufe als selbständige Schulform der Klassen fünf und sechs ersatzlos gestrichen werden. Die Autonomie der Hochschulen soll durch ein neues Hochschulgesetz gestärkt werden. In der Landesverwaltung sollen 6000 Stellen gestrichen und die Bezirksregierungen sollen binnen drei Jahren durch kleinere Kompetenzzentren ersetzt werden. Mit den Kommunen will der neue Ministerpräsident einen „Pakt zur Stär-

kung der Kommunen“ schließen. Das Land solle bei der Übertragung neuer Aufgaben durch die Verankerung des Konnexitätsprinzips (Wer bestellt, bezahlt!) zum vollständigen Finanzausgleich verpflichtet werden. Da Steuererhöhungen der Wirtschaft nachhaltig schaden würden, werde die neue Landesregierung Steuererhöhungen im Bundesrat ablehnen.

Der neue Ministerpräsident deutete der SPD an, dass ihre Verbannung auf die Oppositionsbank länger als eine Wahlperiode dauern soll. „Was wir jetzt an Problemen lösen, auch mit Ihrer Unterstützung, das brauchen Sie dann in 20 bis 30 Jahren nicht mehr wegräumen.“

Zum Auftakt der Sitzung hatte der Landtag den Christdemokraten Jürgen Gansäuer einstimmig zu seinem neuen Präsidenten gewählt. Zur Vizepräsidentin des Landtages wurde von der Union die Abgeordnete Astrid Vockert gewählt. Zum Regierungssprecher hat Ministerpräsident Wulff den bisherigen Sprecher des Landesverbandes, Olaf Glaeseker, berufen.

Am Vortag hatten die Delegationen der CDU unter Christian Wulff und der FDP unter Walter Hirche den Koalitionsvertrag zwischen den beiden Parteien unterzeichnet. Dieser war zuvor von den so genannten „kleinen Parteitagern“ der Union und der FDP genehmigt worden.

NEUES LANDESKABINETT

Christian Wulff:	(CDU/Ministerpräsident)
Uwe Schönemann:	(CDU/Minister für Inneres und Sport)
Hartmut Möllring:	(CDU/Finanzminister)
Ursula von der Leyen:	(CDU/Ministerin für Soziales, Frauen, Familie und Gesundheit)
Bernd Busemann:	(CDU/Kultusminister)
Lutz Stratmann:	(CDU/Minister für Wissenschaft und Kultur)
Hans-Heinrich Ehlen:	(CDU/Minister für Ernährung, Landwirtschaft und den ländlichen Raum)
Elisabeth Heister-Neumann:	(CDU/Justizministerin)
Walter Hirche:	(FDP/Minister für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr)
Hans-Heinrich Sander:	(FDP/Umweltminister)

„Reformvorhaben müssen durch den Familien-TÜV!“

Einen Familien-TÜV forderte die Bundesvorsitzende der Frauen-Union, Maria Böhmer, am Montagabend im Rahmen der Veranstaltungsreihe „Wie wollen wir morgen leben? Die Frauen-Union im Gespräch“.

Jürgen Borchert, Richter am hessischen Landessozialgericht, und der Vorsitzende der Christlich Demokratischen Arbeitnehmerschaft, Hermann-Josef Arentz, trafen auf Einladung der Frauen-Union im Streitgespräch in Sachen Familie aufeinander. „Wir brauchen bei den anstehenden Reformen einen Familienverträglichkeits-Check – vom Gesundheitssystem über die Pflegeversicherung bis hin zur Rente.“ Angesichts von einer Million Kindern, die in Deutschland von der Sozialhilfe lebten, könne man die Verbesserung der materiellen Lage von Familien nicht eine ganze Legislaturperiode lang auf Eis legen. Anpacken müssten die politischen Verantwortlichen zunächst bei der Betreuungssituation, die stark verbessert werden müsse, damit Eltern Familie



und Beruf leichter in Einklang bringen könnten.

Jürgen Borchert forderte in der anschließenden Diskussion dazu auf, die Sozialversicherung vom Arbeitsverhältnis abzukoppeln und stattdessen auf Grundlage aller personengebundenen Einkommen zu finanzieren. Borchert: „Die Lohnbezogenheit der Sozialversicherung ist anachronistisch, ihre Beitragsstruktur verletzt elementare Gerechtigkeitsätze, vor allem die Gebote der Gleichbehandlung und der Familienförderung.“ Durch mangelnden Reformwillen sei die Balance von Lasten und Leistungen in Staat und Gesellschaft völlig aus dem Lot geraten. „Wir müssen dafür sorgen, dass Familien ihre Kinder aus dem selbst erwirtschafteten Einkommen in eigener Verantwortung aufziehen kön-

nen“, so der Sozialrichter. Borchert forderte weiter ein Ende der Belastung des Kinderunterhalts mit indirekten Steuern.

Ein Umsteuern der Politik zugunsten der Familien propagierte auch Hermann-Josef Arentz. Das Familiengeldkonzept der Union biete durchaus einen Ansatz, ein Stück mehr materieller Gerechtigkeit für die Familien zu bringen. Dies enthebe die Politik allerdings nicht von der Aufgabe, das „zutiefst ungerechte“ Steuersystem umzugestalten. Das erwerbs- und einkommensunabhängige Familiengeld sei gerecht, so Arentz, baue die Benachteiligung junger Familien ab und könne eine Million Kinder aus der Sozialhilfe holen. Arentz warnte eindringlich davor, die notwendige verbesserte Finanzausstattung von Familien und die dringend auszubauende Ganztagsbetreuung gegeneinander auszuspielen.

„Krieg und Frieden – eine Frage von Fundamentalismus?“

„Krieg soll nach Gottes Willen nicht sein!“ – diese eindeutige Botschaft eint Christen auf der ganzen Welt. Angesichts der Einschätzungen sowohl hinsichtlich der Bedrohung und der Gefahren, die durch das verbrecherische Regime im Irak für die Weltgemeinschaft ausgehen, als auch der Strategien für eine tragfähige Sicherung des Weltfriedens, scheiden sich aber die Geister!

Selten – in der jüngsten Vergangenheit – wurde die Debatte um „Krieg und Frieden“ erhitzt und engagierter geführt als gegenwärtig!

Diese Ausgangssituation bildete den Rahmen für das 12. Berliner Theologische Gespräch des Evangelischen Arbeitskreises der CDU/CSU, zu der der Bundesvorsitzende, Jochen Borchert, am 11. März ins Konrad-Adenauer-Haus einlud. Als Referenten waren zwei hochkarätige Vertreter geladen: Zum einen Präses Manfred Kock, der Ratsvorsitzende der Evangelischen Kirche in Deutschland, zum anderen der stellvertretende Vorsit-

zende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Wolfgang Schäuble.

Der Ratsvorsitzende begann sein Referat damit, dass er auf seine missverständlichen Äußerungen im Hinblick auf den US-amerikanischen Präsidenten, George W. Bush jr., Bezug nahm, den er in einem Interview mit „islamischen Fundamentalisten“ verglichen hatte. Präses Kock distanzierte sich zwar noch einmal ausdrücklich von der Form dieses Vergleiches, betonte aber, dass das inhaltliche Problem einer pseudoreligiösen bzw. ideologischen Begründbarkeit bzw. Rechtfertigung eines Krieges in vielen Äußerungen George W. Bushs augenfällig sei und nach wie vor kritisiert werden müsse. Wenn Bush von einem „Gott gegebenen Auftrag“ spreche, so habe er als geschichtsbewusster Christ größte Schwierigkeiten mit solch einer verhängnisvoll geprägten Rhetorik. Gerade für Christen könne allein der Frieden, niemals jedoch der Krieg Zielpunkt der ethischen Bemühung sein!

Kock verwies darauf, dass

es zwar in der Geschichte durchaus Beispiele für eine notwendige militärische Intervention gegeben habe, er sehe aber nicht, dass diese „ultima ratio“ in Bezug auf den Irak derzeit gegeben wäre. Er äußerte des weiteren durchaus Verständnis dafür, dass die Empfindungen vieler Amerikaner seit dem 11. September 2001 eine gewisse Sehnsucht nach einer „starken Antwort“ ausdrücken würden, unterstrich jedoch, dass dies in seinen Augen der falsche Umgang mit der widerfahrenen Erschütterung durch den Terrorismus sei.

Der Rat der EKD habe deutlich bekräftigt, dass der Hauptgrund der gegenwärtig sich zuspitzenden Situation im Irak zu suchen sei. Dennoch aber schließe das friedensethische Paradigma vom „gerechten Frieden“ jegliche Begründung eines „heiligen“ bzw. „gerechten Krieges“ aus! Man müsse weiterhin auf die friedliche Durchsetzung der UN-Resolutionen bauen.

In seiner Erwiderung machte Wolfgang Schäuble von Anbeginn an deutlich,

dass er grundsätzlich alle Bedenken gegen den Krieg teile. Krieg sei immer das Ergebnis eines großen menschlichen Scheiterns. Auch er wünsche sich wie alle Christen den Frieden und darüber bestehe auch überhaupt gar kein Dis-sens zu Position von Kock bzw. zu den Kirchen! Die ent-scheidende Frage sei aber, wie in einer nun einmal noto-ri-sch friedlosen Welt derges-talt politisch zu handeln sei, dass, wenn nur irgend mög-lich, noch größeres Leid ver-meidbar gemacht werden könne! Die Frage nach der Verhältnismäßigkeit eines drohenden Krieges stelle sich natürlich, das Dilemma sei je-doch, dass es sich immer erst aus der sicheren, historischen Retrospektive ersehen lasse, ob tatsächlich verhältnismä-ßig gehandelt worden sei oder nicht.

Wolfgang Schäuble zu-folge bestünde das Problem eigentlich nicht so sehr im „Fundamentalismus“ selbst und seinen Spielarten, son-derm vielmehr – seit dem Ende des bipolaren Ost-West-Ge-gensatzes – in den vielfältigen und völlig unkalkulierbar ge-wordenen Risiken, die durch den Wegfall der früheren, glo-balen Ordnungsstruktur ent-standen seien. Auf eine ver-lässliche Ordnungsstruktur käme es aber gerade an, denn nur eine glaubwürdige und

zum Han-deln bereite Welt ge-meinschaft, die kraft ihrer Autori-tät auch fähig sei, das „Ordnungs-mittel der Drohung“

im Sinne eines allgemein ak-zeptierten Machtmonopols im Ernstfall auch durchzuset-zen, wäre eine wirkliche Chance für die Rettung des Friedens!

Das CDU-Präsidiums-mitglied trat für eine strikte Beibehaltung der Drohkulisse ein. Gerade sie sei die einzige Möglichkeit, über-haupt zu verhindern, dass sich die Drohung bewahrhei-ten müsse! Auch die interna-tionale Rechtsgemeinschaft – in all ihrer Unzulänglich-keit – bedürfe – nach der al-ten Formel – „des Schwer-tes“, d.h. des Gewaltmono-pols, auch und gerade wenn man dessen Anwendung eben letztlich zu verhindern trachte. Dieses Paradox gelte es realpolitisch auszuhalten, denn wer drohe und gleich-zeitig versichere, seinen Dro-hungen ohnehin keine Taten folgen zu lassen, der diskre-ditiere sich selbst.

Wolfgang Schäuble verur-teilte in diesem Zusammen-hang die Bundesregierung



aufs Schärfste. Wer die Bünd-nisse, die sich bewährt haben, schwäche, handle verantwor-tungslos und fahrlässig. Die einseitige Kritik den Ameri-kanern gegenüber erweise sich als verhängnisvoll und unaufrichtig, da man sich ih-rer Hilfe in der Vergangenheit – wenn es denn gepasst habe – gerne bedient habe. Die Rückkehr der Kontrolleure in den Irak sei ohne den energi-schen Druck der USA – das sei unstrittig – überhaupt nicht möglich geworden! Schäuble äußerte schließlich, dass er die Hoffnung auf eine friedliche Lösung noch nicht völlig auf-gegeben habe, aber wer eben permanent die Drohkulisse und die Bündnisbindungen schwäche, der schwäche eben auch die letzten Chancen für den Frieden. Die UN dürften sich nicht weiter vom Verbre-cher Hussein hinhalten las-sen, sondern müssten jetzt konsequent und geschlossen auftreten, um so die letzte Chance auf eine friedliche Lö-sung nicht zu verspielen.

Fruchtbare und offene Zusammenarbeit

Zum wiederholten Male traf sich Steffen Kampeter, Obmann im Haushaltsausschuss der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, und CDU Generalsekretär Laurenz Meyer mit Musikern, Vertretern der Phonoverbände und Plattenfirmen sowie Kreativschaffenden, um die Musikbranche betreffende Probleme zu diskutieren.

Gleich zu Beginn des Treffens verdeutlichte Laurenz Meyer das Selbstverständnis der Zusammenarbeit zwischen Kreativen und der CDU: „Seit Steffen Kampeter und ich auf der Popkomm 2001 den Gesprächskreis ‘Dialogforum Musikwirtschaft’ initiiert haben, hat sich eine regelmäßige, fruchtbare und vor allem offene Zusammenarbeit der Union mit der Musikbranche entwickelt.“

Laurenz Meyer dankte den Teilnehmern des Dialogforums für die Zusammenarbeit: „Wenn wir einmal in die Vergangenheit zurückblicken, dann sieht man deutlich, dass wir viele Themen angesprochen haben, und auch wenn wir nicht überall sofort Lösungen finden konnten, so ha-

ben wir immerhin einige Steine ins Rollen bringen und durch verschiedene Maßnahmen eine Sensibilisierung für bestimmte Punkte erreichen können.“

Steffen Kampeter versicherte während der Sitzung, dass man von Seiten der Union auch zukünftig Druck machen werde, wenn es um die politischen Belange der Musikwirtschaft gehe.

Themen der letzten Sitzungen des Dialogforums waren neben dem dringenden Thema Urheberrecht die Einführung eines deutschen Musikexportbüros, die Situation des Musikfernsehens in Deutschland, die Situation der kleinen und mittleren Unternehmen im Musikbereich, die aktuelle Situation des deutschen Musikrates, die soeben ins Leben

gerufene Pop-Akademie in Baden-Württemberg sowie der zu geringe Anteil nationaler Titel, insbesondere im öffentlich-rechtlichen Hörfunk.

Nationale Identität

In dieser Runde wurden auch die Ergebnisse der von der Konrad-Adenauer-Stiftung organisierten „2. Musikfachtagung“ am Vorabend des Dialogforums analysiert. Vor über 300 Zuhörern haben dort Repräsentanten aus Politik und Musikwirtschaft unter der Überschrift „Darf’s auch ein bisschen deutsch sein?“ diskutiert. In der einleitenden Rede betonte Tim Renner (Chairman & CEO Universal Music Deutschland) die

NEUER SERVICE

Die CDU-Bundesgeschäftsstelle hat ihren Service weiter verbessert. Mit dem Erscheinen des neuen Gesamtangebots ist auch der neue Online-Shop der CDU ans Netz gegangen. Alle Werbe- und Verteilmittel können jetzt schnell und bequem per Mausclick beim IS-Versandzentrum in Ennigerloh bestellt werden.

Für zahlreiche Werbemittel gelten übrigens derzeit Sonderkonditionen. Die Lager müssen geräumt werden und so ist z.B. der CDU-Scooter schon für 29.00 Euro zu haben.

<http://www.cdunet.de>



von links: Volker Neumüller (Epic Records), Veronika Jarzombek (Musikmanagerin), André Selleneit (BMG Berlin), Angela Merkel, Yvonne Catterfeld, Frank Maass (Turbo Beat). Foto: Duderstadt

Bedeutung einer stärkeren nationalen, kulturellen Identität, die gerade im Musikbereich dazu führen könnte, dass in Zukunft mehr deutsche Musiker national stärker wahrgenommen werden und auch im Ausland größere Chancen hätten. In der anschließenden Debatte wurde über die Einführung einer Radio-Quote diskutiert sowie über die Einrichtung eines Musikexportbüros und über musikalische Nachwuchsförderung in Deutschland. Auf dem Podium der von der Konrad-Adenauer-Stiftung veranstalteten Musikfachtagung nahmen neben Steffen Kampeter auch Tim Renner (Uni-

versal Music Deutschland), Detlef D! Soost (Choreograph), Professor Dr. Rolf Budde (Musikverleger), Cornelia Much (Geschäftsführerin MIDEM Deutschland), Jochen Rausch (Programmchef Eins Live), Leslie Mandoki (Musiker und Musikproduzent) und Frank Maass (Musikmanager) teil.

Urheberrecht

Bereits Mitte Februar hat es ein Treffen mit Angela Merkel und Musikern und führenden Vertretern der Musikwirtschaft gegeben. In dem ausführlichen Gespräch ging es u.a. um die

Durchsetzung der EU-Richtlinie zum Urheberrecht. Von Seiten der Musikwirtschaft wurde dargelegt, dass die vorliegende Urheberrechtsnovelle zwar nicht die Erwartungen der Branche voll erfülle, aber eine schnelle Verabschiedung immer noch besser sei, als ein langes und unbefriedigendes Verfahren. Die Parteivorsitzende kündigte in diesem Punkt ein schnelles Handeln der CDU/ CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag an, um das Urheberrecht noch im Frühjahr über die parlamentarischen Hürden zu bringen. Es wurden weitere Treffen mit diesem Kreis vereinbart.

ANNETTE WIDMANN-MAUZ:

Frauenpolitik heißt Zukunft sichern!



Anlässlich des Internationalen Frauentages erklärte die Vorsitzende der Gruppe der Frauen:

Der Internationale Frauentag ist in Deutschland kein Relikt. Denn mit konstruktiver Frauenpolitik sichern wir unsere Zukunft. In Zeiten hoher Arbeitslosigkeit, sozialpolitischer und wirtschaftlicher Stagnation, in Zeiten, in denen sich Werte und familiäre Bindungen wandeln und immer weniger Kinder geboren werden, besteht nach wie vor die gefährliche Tendenz, die Probleme zunächst über die Frauenbiographien lösen zu wollen. Die Politik der rot-grünen Bundesregierung gibt dazu unrühmliche Beispiele:

■ Die rot-grüne Bundesregierung vermag es nicht, die katastrophale Lage auf dem Arbeitsmarkt in den Griff zu

bekommen. Frauen müssen auch im Jahr 2003 trotz hervorragender Ausbildung und Abschlüsse Wettbewerbsnachteile am Arbeitsmarkt hinnehmen. Noch immer liegt der Anteil berufstätiger Frauen in Deutschland unter dem in anderen europäischen Ländern. Darüber hinaus verdienen Frauen in Deutschland nach aktuellen Angaben des Statistischen Bundesamtes noch immer rund 30% weniger als Männer. Rot/Grün hat keine Konzepte, dies zu ändern.

■ Deutschland steht im internationalen Vergleich bei der Vereinbarkeit von Beruf und Familie weit hinten. Trotz vollmundiger Ankündigungen hat Rot/Grün auch auf diesem Feld nichts erreichen können. Dies wirkt sich gravierend auf die Geburtenrate in Deutschland aus. Nach einer aktuellen Statistik des EU-Statistikamtes Eurostat steht Deutschland mit 1,29 Kindern pro Frau mit Italien, Spanien, Österreich und Griechenland am Tabellenende des EU-Vergleichs. Dieses Dilemma ist nicht allein mit der Finanzierung von 4 Mrd. € bis 2007 für Ganztagschulen zu bewältigen wie es uns die rot-grüne Bundesregierung vorgegaukelt versucht. Vielmehr bedarf es eines umfassenden Ansatzes wie ihn die

CDU/CSU-Bundestagsfraktion mit dem Konzept „Faire Politik für Familien“ vorgelegt hat. Die Vereinbarkeit von Beruf und Familie muss nachhaltig gestärkt werden, die finanzielle Gerechtigkeit für Familien muss hergestellt werden und die Stärkung der Erziehungskompetenz muss im Fokus der Politik stehen. Der bedarfsgerechte Ausbau der Kinderbetreuungsmöglichkeiten muss einhergehen mit einer Steigerung der Betreuungsqualität in Deutschland.

■ Die aktuelle Forderung von Seiten der Grünen, die beitragsfreie Mitversicherung in der gesetzlichen Krankenkasse für Ehefrauen, die im Moment keine Kinder erziehen, zu streichen, wäre insbesondere für Frauen, die nach der Phase der Familienarbeit den Wiedereinstieg in den Beruf zwar anstreben, aber insbesondere aufgrund der derzeit mehr als angespannten Lage auf dem Arbeitsmarkt daran gehindert werden, ein Schlag ins Gesicht. Frauen wären wieder einmal die Leidtragenden einer unausgegorenen Sozialpolitik der Bundesregierung.

Wirkungsvolle Frauenpolitik muss sich daran messen lassen, ob endlich geeignete Strukturen zur Verbesserung der Vereinbarkeit

von Beruf und Familie geschaffen werden, ob Familienarbeit angemessen gewürdigt wird, ob Reformen in den Sozialsystemen nicht auf dem Rücken von Frauen erreicht werden sollen und ob die Arbeitswelt entsprechend den sich verändernden Lebens- und Erwerbsverläufen von Frauen und Männern umstrukturiert wird. Wir können unsere Zukunft nur mit einer konstruktiven Gleichstellungspolitik sichern – denn Frauen sind das Trägersystem!

KARL-JOSEF LAUMANN:

4,7 Millionen
**Watschen für den
Kanzler**



Zur Vorlage der Arbeitslosenzahlen für den Monat Februar 2003 durch die Bundesanstalt für Arbeit erklärte der Vorsitzende der Arbeitsgruppe Wirtschaft und Arbeit:

Über 4,7 Millionen Arbeitslose sind die bittere

Konsequenz einer rot-grünen Wirtschaftspolitik, deres an allen Ecken und Enden an Sachverstand und Kompetenz fehlt. Die neusten Zahlen aus Nürnberg sind damit 4,7 Millionen Watschen für den Bundeskanzler.

Besonders erschütternd ist, dass immer mehr qualifizierte Jugendliche ohne Job auf der Strasse stehen. Hier legt Rot-Grün heute das soziale Dynamit von morgen.

Dass der Bundeskanzler zudem das Scheitern seines Bündnisses für Arbeit mediengerecht inszenieren muss, ist ein weiterer Beleg für rot-grünes Politik-Versagen. Wer Rot-Grün das Vertrauen entzieht, tut deshalb gut daran.

Es müssen endlich konkrete Reformen im Bundestag beschlossen werden damit es wieder aufwärts geht. Neue Regierungserklärungen sind kein Ersatz für tatkräftiges Handeln. Neue Regierungserklärungen sind die Fortsetzung der rot-grünen Ankündigungspolitik ohne echte Substanz.

Im Gegensatz zur Regierung Schröder hat die Union mit dem Optionsmodell zum Kündigungsschutz und den neuen betrieblichen Bündnissen für Arbeit eine vernünftige Richtung vorgegeben. Es wäre im Sinne der Menschen in unserem Land,

wenn auch die Bundesregierung endlich auf diesen Kurs für mehr Beschäftigung einschwenken würde.

HERMANN KUES:

**EU-Verfassung:
Zur Verankerung
der geistlich-religiösen
Wurzeln
Europas**



Zur Frage der Verankerung der geistlich-religiösen Wurzeln Europas in der Präambel der geplanten EU-Verfassung erklärte der Beauftragte für Kirchen- und Religionsgemeinschaften:

Bei der Erweiterung der EU darf die identitätsstiftende Rolle des Christentums für Europa nicht übersehen werden. Europa ist nicht nur ein Wirtschaftsmarkt, sondern auch ein geistig kultureller Raum.

In diesem Zusammenhang ist zu begrüßen, dass die Präambel der künftigen

EU-Verfassung einen Bezug auf die geistig-religiösen Wurzeln Europas bekommen soll. Der von Konventspräsident Giscard d'Estaing angeführte Vergleich mit der Präambel der EU Grundrechtscharta, in der bereits vom geistig-religiösen und sittlichen Erbe Europas die Rede ist, weist in die richtige Richtung.

Die identitätsstiftenden Strömungen müssen in der neuen Verfassung der EU verankert werden.

HARTMUT SCHAUERTE:

Moderne **Ladenschlussregeln** für mündige Bürger und Einzelhändler



Zur Experten-Anhörung des Bundestagsausschusses für Wirtschaft und Arbeit zum Ladenschlussgesetz erklärte der mittelstandspolitische Sprecher:

Die Stellungnahmen der Sachverständigen machen

klar: Selbst wenn eine Liberalisierung des Ladenschlussgesetzes nicht sofort und automatisch zu einem Anstieg von Absatz und Beschäftigung führt, so würde damit doch ein wichtiger Beitrag für mehr Flexibilität im wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Leben verbunden sein, der für Verbraucher, Arbeitnehmer und Einzelhändler gleichermaßen von Vorteil ist.

Mit einer Freigabe der Öffnungszeiten von Montag bis Samstag, wie sie von CDU und CSU gefordert werden, würde der Einzelhandel in die Lage versetzt, den tatsächlichen Wünschen der Konsumenten Rechnung zu tragen. Für die Arbeitnehmer würde das Spektrum an Arbeitszeitmöglichkeiten erweitert und damit lebensnahe Lösungen des Arbeitsmarktes erleichtert.

Die Stellungnahmen der Sachverständigen machen auch deutlich, dass die Protestargumente der Gewerkschaften fadenscheinig und an den Haaren herbeigezogen sind. Der Arbeitsschutz der Arbeitnehmer wird schon heute nicht mehr durch die antiquierten Ladenschlussregeln, sondern durch das Arbeitszeitgesetz und tarifrechtliche Regelungen gesichert.

Überlegungen zu geson-

dernten Öffnungszeiten-Regelungen für innerstädtische Zentren lehnen die Experten zu recht ab. Ein solches „City-Privileg“ verstößt gegen den Gleichbehandlungsgrundsatz und schafft eine kaum handhabbare, bürokratische Abgrenzungproblematik. Privilegierte Inseln erweiterter Ladenöffnungszeiten würden zu nicht hinnehmbaren Wettbewerbsnachteilen für ländliche Siedlungsgebiete führen und viele mittelständische Geschäfte außerhalb dieser Inseln gefährden.

Die richtigen Schlussfolgerungen aus der heutigen Experten-Anhörung lauten:

- Mündige Bürger und Einzelhändler brauchen keine Bevormundung des Staates mehr.

- Die Ladenöffnungszeiten von Montag bis Samstag sind freizugeben.

- Der Schutz von Sonn- und Feiertagen in seiner bisherigen Form ist durch eine bundeseinheitliche Regelung sicherzustellen.

- Sonderöffnungsregelungen sind kontraproduktiv.

Wenn die Bundesregierung dagegen bei ihrer Haltung bleibt, den Ladenschluss lediglich an Samstagen bis 20 Uhr auszudehnen, zeigt sie aufs Neue, wie weit sie von der gesellschaftlichen Realität unserer Bürger

und Betriebe entfernt ist. Wer vier Stunden zusätzliche Öffnungszeiten als „großen Wurf“ beim Bürokratieabbau und bei der Modernisierung unseres Landes ansieht, der hat entweder schlichtweg keine Ahnung von der Sache und den wirklich drängenden Problemen unseres Landes oder regiert am Gängelband der Gewerkschaftsfunktionäre.

CHRISTIAN SCHMIDT,
ANITA SCHÄFER:

Bundeswehr hat Grenze ihrer Belastbarkeit erreicht



Zum Jahresbericht 2002 des Wehrbeauftragten des Deutschen Bundestages, Dr. Wilfried Penner, erklärten der verteidigungspolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion und die zuständige Berichterstatterin:

„Die gewaltige Steigerung der Anfragen an den Wehrbeauftragten zeigt, dass unsere Soldaten schon

jetzt häutnah die Mängel spüren, die durch die Streichungen der Bundesregierung bei der Bundeswehr verursacht werden“, erklärte Schmidt in Berlin. Gerade was die Auslandseinsätze angehe, zeigten die Eingaben, dass die Bundeswehr die Grenze ihrer Belastbarkeit erreicht habe. „Wir müssen fassen, dass die Soldaten im Ausland nicht überbeansprucht werden und nach ihrer Rückkehr mit fliegenden Fahnen die Truppe verlassen“, sagte Schmidt. „Die Bundeswehr darf nicht zur Söldnerarmee werden, wie es sogar schon der Wehrbeauftragte befürchtet“, ergänzte Schäfer. Innere Führung und Fürsorge für die Soldaten dürften nicht durch Finanzdebatten in den Hintergrund gedrängt werden.

Die Situation bei einem Auslandseinsatz ist für die Soldaten extrem belastend. „Es kann nicht angehen, dass sie auch noch von der eigenen Regierung durch die ständigen Spardiskussionen unter Druck gesetzt werden“, sagte Schmidt. „Die Bundesregierung muss außerdem die Sorgen der Soldaten ernst nehmen, die für Auslandseinsätze eine rechtlich einwandfreie Basis, insbesondere in den Awacs, for-

dern.“ Es verstehe sich von selbst, dass jemand, der Außerordentliches leistet, dafür auch entsprechend ausgerüstet, entlohnt und in einem Schadensfall angemessen versorgt werden müsse. Während das Fehlen von geeigneter Bekleidung noch zu verkraften sei, sei ein Mangel an gepanzerten Fahrzeugen in Afghanistan, der auch im Bericht genannt wird, aber ein Mangel an Sicherheit, der für unsere Soldaten lebensbedrohlich sein kann.

Auch die Versorgung im Sanitätsbereich muss verbessert werden. Dernach wie vor katastrophale Zustand des Feldlazarets Rajlovac ist dafür nur ein Beispiel. Hier hat die Bundesregierung zu Lasten der Gesundheit unserer Soldaten viel zu lange die Zügel schleifen lassen.

Leider macht der Bericht erneut deutlich, dass es der Bundeswehr auch innerhalb Deutschlands an vielen Stellen mangelt. Deutlich werde das vor allem im Bereich des Sanitätsdienstes. „An der Gesundheit unserer Soldaten darf nicht weiter gespart werden“, sagte Schmidt. „Die Mängel bei der Unterbringung und Ausstattung müssen dringend beseitigt werden.“

Die Eingaben zeigen auch, dass sich die Bundes-

wehr verstärkt um die Familien der Soldaten kümmern muss, die im Ausland ihren Dienst tun. „Wenn Familien und Partnerschaften immer öfter an Auslandseinsätzen zerbrechen, dann besteht dringender Handlungsbedarf“, sagte Schäfer. „Dazu passt“, sagte Schmidt, „dass die Bundeswehr noch immer eine Studie des Sozialwissenschaftlichen Instituts der Bundeswehr zurückhält, in der diese Probleme beschrieben werden.“ Nicht zuletzt litten auch die Soldaten an den langen Einsatzzeiten. „Wir fordern die Bundesregierung dringend auf, die Einsatzdauer zu verkürzen und flexibler zu gestalten.“

Noch immer ist es der Bundesregierung nicht gelungen, die Attraktivität des Wehrdienstes zu steigern, sagte Schmidt weiter. Der ungebrochen hohe Trend von 180.000 Kriegsdienstverweigerern spreche hier eine deutliche Sprache. „Wenn es der Bundeswehr weiter an allen Ecken und Enden fehlt, wird es für junge Leute immer weniger attraktiv, sich für den Dienst bei der Bundeswehr zu entscheiden.“

„Noch haben wir eine Bundeswehr, die hoch motiviert und gut ausgestattet ist“, sagte Schmidt. Der Bericht des Wehrbeauftragten

mache aber deutlich, dass die Bundesregierung dringend handeln müsse, um diesen Zustand zu erhalten. „Vor allem führen die nebulösen Andeutungen Strucks um den Erhalt der Wehrpflicht dazu, dass die Soldaten weiter verunsichert werden.“ Die Bundesregierung muss sich zu der Bundeswehr bekennen. „Die Erklärung Penners hat deutlich gemacht, dass die Soldaten schon jetzt das Gefühl haben, dass die politische Führung nicht hinter ihnen steht“, sagte Schäfer. „Hier muss gegengesteuert werden.“

PETER GÖTZ:

Rot-Grün provoziert Kommunen

Zu den Vorschlägen der Bundesregierung zur Zusammenlegung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe in der Arbeitsgruppensitzung der Gemeindefinanzreformkommission erklärte der kommunalpolitische Sprecher:

Rot-Grün will die Arbeitslosen in „arbeitsmarktnahe“ Personen in der Obhut der Arbeitsämter und „nicht mehr arbeitsmarktnahe“ Menschen bei den Kommu-

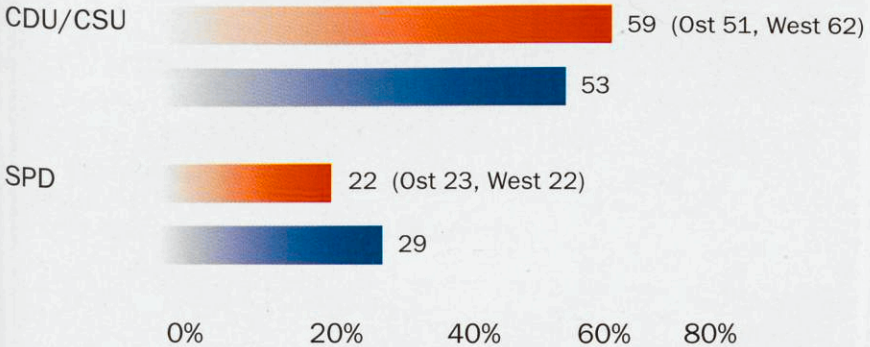
nen einteilen. Das wird ein Teil von ihnen als Entwürdigung empfinden.

Die Kosten für die Versorgung und Betreuung von „nicht mehr arbeitsnahen“ Menschen sollen auf die Kommunen abgeschoben werden. Das ist unsensible Staatsarroganz nach Technokratenart gegenüber Arbeitssuchenden und Kommunen gleichermaßen.

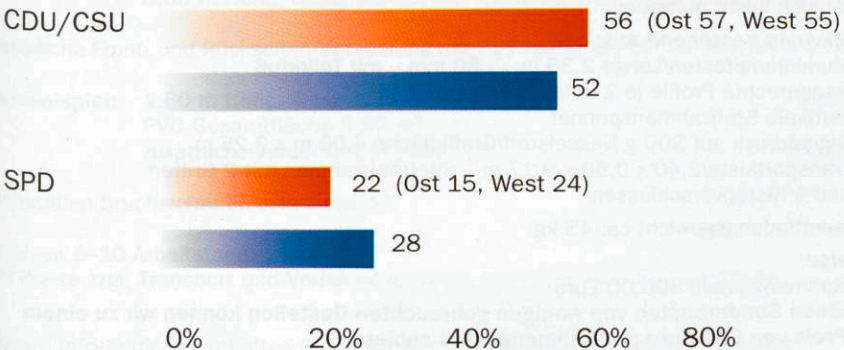
Deutschland muss den untragbaren Zustand von zwei parallelen steuerfinanzierten Sicherungssystemen reformieren: die kommunale Sozialhilfe und die staatliche Arbeitslosenhilfe. Wir brauchen ein vereinheitlichtes System für Menschen in vergleichbarer Lage. Der rot-grüne Vorschlag schafft wieder zwei Systeme und zwei Kostenträger. Aus dem Drehtüreffekt zwischen den Systemen will Rot-Grün eine Einbahnstraße zu Lasten der Kommunen machen. Die Kommunen sollen den „Schwarzen Peter“ bekommen. Die marode Bundesanstalt für Arbeit würde auf dem Rücken der Gemeinden und Landkreise saniert.

Der rot-grüne Vorschlag ist unakzeptabel und eine Kampfansage an Arbeitssuchende und Kommunen. Die Kommunalpolitiker der CDU und CSU machen dabei nicht mit.

Hat Ihrer Meinung nach eher die SPD oder eher die CDU/CSU die besseren Konzepte und Lösungsansätze für Probleme im Bereich der Wirtschaftspolitik?



Hat Ihrer Meinung nach eher die SPD oder eher die CDU/CSU die besseren Konzepte und Lösungsansätze für Probleme im Bereich der Arbeitsmarktpolitik?



27.02.03

11.12.02

Quelle: TNS-Emnid, 27.02.03

Für Veranstaltungen/Pressegespräche/Empfänge

– Die neue Presse/Veranstaltungsrückwand –

ca. Breite 4,20m x Länge 2,40 m



Mit dieser Wand können sie schnell und flexibel jede Räumlichkeit im Handumdrehen professionell gestalten. Die Rückwand ist in einer sehr guten Qualität hergestellt und lässt sich leicht aufbauen.

Rückwand bestehend aus:

- 2 Aluminiumpfosten/Länge 2,35 m, Ø 80 mm – mit Tellerfuß
- 2 waagerechte Profile je 2 m lang mit Verbinder
- 2 vertikale Stoffrahmenspanner
- 1 Digitaldruck auf 300 g Nesselstoff/Grafikfläche 4,00 m x 2,25 m
- 1 Transportkiste/2,40 x 0,50 x 0,17 m – Sperrholzrahmen mit 2 Griffen und 4 Kistenverschlüssen

Gesamtladungsgewicht ca. 45 kg

Preise:

- Rahmengestell: 900,00 Euro
Einen Sonderposten von wenigen gebrauchten Gestellen können wir zu einem Preis von 600 Euro pro Rahmengestell anbieten.
- Digitaldruck inkl. Konfektionierung: 545,00 Euro
- Transportkiste: 80,00 Euro

Wir bieten die Rückwand auch mit Ihrer **eigenen individuellen Bedruckung** an.

Alle Preise zzgl. Transport und Verpackung, sowie der gesetzlich gültigen MwSt.

Weitere Informationen erhalten Sie unter der Telefonnummer: 0 30-2 20 70-3 81 oder per e-mail: yvonne.herrmann@cdu.de

Für Veranstaltungen/Pressegespräche/Empfänge NEU – plastische Buchstaben „CDU“ –



Material aus extrudiertem Hartschaum (Styropor) / schwer entflammbar,
umseitig matt lackiert, auf Wunsch Front und Rückseite aus durchgefärbtem PVC.
Jede Größe auf Wunsch lieferbar.

Preisbeispiele: 0,70 m Höhe, Gesamtbreite ca. 2,45 m, Tiefe 25,0 cm ab **350,00 €**
1,60 m Höhe, Gesamtbreite ca. 6,00 m, Tiefe 30,0 cm ab **790,00 €**
3,00 m Höhe, Gesamtbreite ca. 11,00 m, Tiefe 50,0 cm ab **2.450,00 €**

Zusätzliche Front- und Rückseiten-Veredelung mit PVC kostet der m² ca. **45,00 €** je Seite

Preisbeispiel: 1,60 m Höhe, Gesamtbreite ca. 6,00 m **790,00 €**
PVC-Gesamtfläche 9,60 m²
zusätzliche Veredelung je Seite **432,00 €**

Buchstaben bruchsicher einzeln verpackt.

Lieferzeit 5–10 Arbeitstage.

Alle Preise zzgl. Transport und Verpackung, sowie der gesetzlich gültigen MwSt.

Weitere Informationen erhalten Sie unter der Telefonnummer: 030-220 70-381
oder per e-mail: yvonne.herrmann@cdu.de



Union Betriebs GmbH
Postfach 1190
53348 Rheinbach
PVSt, Deutsche Post AG
Entgelt bezahlt.



Straßenatlas Deutschland mit Durchfahrtsplänen der Ballungszentren

Bestell-Nummer: **9260**
Preis je **10 Stück: 15,00 €**
inkl. MwSt.: 17,40 €



„Voller Erfolg: Die CDU setzt 400-Euro-Jobs durch.“

Bestell-Nummer: **2016**
Preis je **100 Stück: 16,50 €**
inkl. MwSt.: 17,66 €

Die Preise in den Klammern sind inkl. 7% bzw. 16% MwSt.
Die Versandkosten werden gemäß den Versandbedingungen berechnet.

BESTELLANSCHRIFT

arvato logistics services
Bertelsmann-Versandzentrum
Postfach 1162,33759 Versmold
Telefax 05241-804 1892
e-mail:
cdu-shop@bertelsmann.de